

Gesetz wird gebraucht

Gesetz zur vertraulichen Geburt und bessere Hilfe für Frauen in Not gefordert

Anonyme Geburten und Babyklappen sind bislang geduldet, aber im Grund gesetzwidrig. „Die Bundesregierung ist verpflichtet, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der anonyme Kindesabgaben und ihre Finanzierung eindeutig regelt“, sagt Karola Stange, Gleichstellungspolitikerin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich einer Anhörung zu diesem Thema im Sozialausschuss. „Es ist schlicht unverständlich, warum so lange nichts geschehen ist, obwohl es seit über einem Jahrzehnt Babyklappen in Deutschland gibt“, fügt Matthias Bärwolff, kinderpolitischer Sprecher der Fraktion, hinzu.

Genauso lange gibt es die Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern von Babyklappen und anonymen Geburten. „Der Streit, ob damit Kinder tatsächlich gerettet werden, ist nicht wirklich zu lösen“, stellt Bärwolff fest. „Deswegen können wir uns auch nicht eindeutig gegen Babyklappen aussprechen.“ Entscheidend sei jedoch, dass kein künstlicher Bedarf geschaffen und den Kindern damit nicht unnötiges Leid zugefügt werde. Nicht zu wissen, wo man herkomme und warum man ein nicht gewolltes Kind sei, belaste viele Menschen ihr Leben lang.

„Ein Gesetzesentwurf zur vertraulichen Geburt wird dringend gebraucht“, fordert Karola Stange. Hierin sollte die

Möglichkeit enthalten sein, dass Frauen zwar gegenüber Institutionen und ihren Verwandten anonym bleiben können, aber die Möglichkeit haben, ihren Kindern einen Brief mitzugeben, der eine spätere Kontaktaufnahme ermöglicht. Nicht wenige Frauen würden es

sundheitliche Betreuung der Frauen und die Qualifizierung des Beratungspersonals. „Entscheidend ist aber auch die Bekanntmachung der Angebote, um für Schwangere in Not tatsächlich präsent zu sein und ihre Kinder bestmöglich versorgt zu wissen“, stellt



Jahre später bereuen, dass sie keine Möglichkeit mehr hätten, ihr Kind ausfindig zu machen. „Und wir brauchen einen breiten Ausbau niedrigschwelliger Angebote für Frauen in Notlagen“, stellt Karola Stange fest. Je mehr Frauen in der Schwangerschaft geholfen werden könne, umso weniger Kinder müssten anonym geboren oder abgegeben werden.

Der Ausbau des Netzwerkes Frühe Hilfen sei ebenso wichtig wie die Betreuung der Frauen durch die Schwangerschaftsberatungsstellen, die ge-

Matthias Bärwolff fest. „In letzter Entscheidung geht es immer um das konkrete einzelne Kind.“ Um dieses besser zu schützen, sehe das Bundeskinder-schutzgesetz Qualitätsstandards vor. „Es muss aber auch klar sein, woher die Kommunen das Geld dafür nehmen sollen“, unterstreicht Bärwolff. Wer Anforderungen z.B. an Kinderschutzdienste und Jugendämter stelle, müsse auch dafür sorgen, dass ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung stünde, um diese Arbeit leisten zu können.

Scheinreform und Mega-Behörde verhindern

Wenn es in Thüringen tatsächlich eine Verwaltungsreform geben soll, muss darüber diskutiert werden, wie die Aufgaben strukturell neu angesiedelt werden sollen. Eine Scheinreform mit neuen Türschildern und einem weiteren Aufblähen des Landesverwaltungsamtes gilt es zu verhindern.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag hat nun vorgeschlagen, dass etwa 40 Landesbehörden geschlossen und weitestgehend im Landesverwaltungsamt Weimar integriert werden solle. Das ist äußerst bedenklich, zeichnet sich diese Behörde seit jeher dafür aus, besonders intransparent und bürgerunfreundlich zu arbeiten. Selbst die kommunalen Verwaltungen schütteln meist über das „Landesverhinderungsamt“, wie es spöttisch genannt wird, meist den Kopf. KommunalpolitikerInnen wissen nur zu gut, dass im Regelfall gute Initiativen am Widerstand des Amtsschimmels in Weimar scheitern. Gleichzeitig ist die Behörde berüchtigt für seine Durchsetzungsfähigkeit von falschen und fragwürdigen Entscheidungen. Einer Kontrolle durch die kommunalen Akteure ist das Landesverwaltungsamt entzogen, weil es sich um eine übergeordnete Landeseinrichtung handelt. Gleichzeitig haben die demokratisch gewähl-

ten Landtagsabgeordneten ebenfalls keine Kontrollmöglichkeiten, weil das Landesverwaltungsamt eine so genannte nachgeordnete Behörde ist. Das Kontrollrecht der Parlamentarier beschränkt sich auf die Tätigkeit der Regierung, die im Zweifelsfall keine Auskünfte erteilen kann oder will.

Das Konzept der LINKEN sieht dagegen über die Abschaffung der mittleren Ebene zwischen Landesministerien und den Kommunen vor. Die Aufgaben der vielfältigen Landesbehörden sollten vorrangig auf die kommunale Ebene übergehen. Das wären echte Strukturreformen, von denen auch die Bürgerinnen und Bürger profitieren würden. Je näher der Verwaltungsvollzug bei den Menschen vor Ort angesiedelt ist, umso größer ist die Praxistauglichkeit der Entscheidungen. Mit einer weiteren Demokratisierung der Kommunalpolitik würden die bisherigen Aufgaben der Landesbehörden auch der demokratischen Kontrolle in den Gemeinderäten und Kreistagen zugänglich gemacht. Zudem würde bei allen Verfahren bereits frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, dass keine undurchsichtige Megabehörde irgendwo in Thüringen eine Entscheidung trifft. Vielmehr wäre von Anfang an deutlich, dass die Menschen vor Ort einen konkreten An-

sprechpartner in der Gemeinde- oder Kreisverwaltung hätten. Künftig könne sich niemand mehr hinter der Anonymität der Verwaltung verstecken.

Eine solche Reform wäre tatsächlich ein Projekt, über das es sich lohnen würde, zu debattieren. Bisher hat nur DIE LINKE im Landtag ein Konzept vorgelegt. Die CDU und SPD, die einen nahezu uneingeschränkten Zugriff auf die Daten des Landes haben, konnten nur Stückwerk liefern und das Reformvorhaben der LINKEN madig machen.

Sascha Bilay

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096

Redaktion:

Diana Glöckner (V.i.S.d.P.)

Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321

E-Mail: gloeckner@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Nicht gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

Zukunft der Arbeit

Seit 2004 habe ich in etliche Veranstaltungen mit den USA lebenden Philosophen Frithjof Bergmann organisiert. Am 24.11.2004 war die Fraktionssitzung der CDU-Landtagsfraktion, aber noch eine an der FHE. Im Jahr 2005 konnte ich mehrere Interviews mit ihm führen. Für die Publikation habe ich mir teilweise umfangreichen Gesprächen vorgenommen.

Das Hauptthema von Bergmann ist seit mehr als 30 Jahren die Zukunft der Arbeit. Er möchte Menschen von einer entmenslichten Lohnarbeit emanzipieren. Er sieht die Arbeit, „die human und intelligent und sinnlich und fröhlich ist, den Unterschied zu der (...)“, wie wir leiden“ (Februar 2004). „Neue Arbeit“, Anfang der 1990er Jahre erprobt im legendären in der US-Automobilstadt Detroit, sagt (verkürzt dargestellt) Bergmann auf Selbstverwirklichung mittels Hightech – auf Selbstverwirklichung (zu setzen als auf Konsum) gerade für Arbeitslose, die Schaffung von Zentren für die Arbeit an.

Die Fragen sind aktuell. Die Arbeitslosenquote in der Zone wird einer Prognose der Kommission nach auf Rekordniveau ansteigen. Bereits jetzt ist der höchste Wert erreicht, seit die Arbeitslosenquote in den Staaten erweitert wurde. Die Arbeitslosigkeit werde durch die globale Krise weiter steigen. Bergmann schon im Juni 2004 prognostiziert: „Was wir jetzt erleben, ist nur eine der ersten Windböen der Orkane.“ Den „Wirtschaftswahnsinn“ lehnt er ab, allerdings bedingungslos. Einkommen.

Seine Erfahrungen aus den Aktivitäten: abseits der Arbeit sind die Menschen viel aktiver. Schlimmer: Akzeptanz des Alten und Widerstand gegen das Neue sind in Deutschland größtenteils anderswo.